

Energieszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1988)**

Heft 4: **Pumpspeicher Schweiz**

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweiz Der Nationalrat hat am Montag nach rund 16stündigen Beratungen den neuen **Energieartikel** nach der von Bundesrat und Kommissionsmehrheit vorgezeichneten Linie zuhanden des Ständerats verabschiedet. Der Artikel wurde mit 127 zu 42 gutgeheissen, wobei die FDP-Fraktion ihre Zustimmung wegen «zu übertriebener» Bundeskompetenzen verweigerte. Nach den Beschlüssen des Nationalrats ist der Bund verpflichtet, Vorschriften über den Energieverbrauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten zu erlassen. Der Bund ist zudem gehalten, die Entwicklung von Energietechniken, namentlich im Bereich des Energiesparens und der erneuerbaren Energie, zu fördern. Deutlich fiel die namentliche Abstimmung über eine zweckgebundene **Energieabgabe** aus. Mit 120:72 Stimmen lehnte der Rat Eintreten auf einen in zwei Varianten vorliegenden neuen Verfassungsartikel 4Iquater ab. Nach Fassung von Franz Jaeger (LdU/SG) sollte die Abgabe nach der Umweltbelastung abgestuft werden, nach Fassung von Elmar Ledergerber (SP/ZH) sollte sie den effizienten Energieabsatz fördern. Mit 99:61 Stimmen wurde auch eine Motion der Kommissionsminderheit für eine umwelt- und energiepolitisch motivierte Energieabgabe abgelehnt. TA, 27.9.88

Schweiz Der Ständerat hat am 4. Oktober als Erstrat die **Revision des Gewässerschutzgesetzes**, die den Charakter eines indirekten Genevorschlages zur Gewässerschutz-Initiative hat, mit 21 zu 3 Stimmen gutgeheissen. Die Nein-Stimmen stammten von zwei sozialdemokratischen Ratsmitgliedern, die der Initiative den Vorzug gegeben hatten, und vom Innerrhoder Christlichdemokraten Carlo Schmid, der sich erfolglos für eine Lockerung der Gewässerschutzauflagen an Tiermastbetriebe eingesetzt hatte. Mehrere Ratsmitglieder, darunter die beiden Zürcher Ständevertreter Riccardo Jagmetti (FDP) und Monika Weber (LdU), enthielten sich der Stimme. Sie gaben damit ihrem Missfallen Ausdruck, dass der Rat die Anträge des Bundesrates zu den biologisch notwendigen Mindestwassermengen, die im Bett von gestauten Flüssen und Bächen weiter fließen müssen, mit einer offen formulierten Ausnahmebestimmung stark abgeschwächt hatte. Bundesrat Flavio Cotti warnte vergebens vor einer «**Aushöhlung der Restwasserbestimmungen**». Befürchtungen der Ratsmehrheit, die Stromproduktion aus Wasserkraft würde zu stark eingeschränkt, trat Cotti mit dem Argument entgegen, eine Minderproduktion von 1,2 Prozent bis ins Jahr 2025 und von 5,6 Prozent bis 2070 sei wirtschaftlich

vertretbar. Die Vorlage geht jetzt an den Nationalrat. TA, 5.10.88

Nagra Nach achteinhalb Jahren Widerstand aus der Bevölkerung hat die Nagra am 1. September im schaffhausischen **Siblingen** mit ihrer **Sondierbohrung** begonnen. Siblingen ist der letzte von sieben Standorten in der Nordschweiz, wo die Nagra im Hinblick auf ein Endlager für hochradioaktive und langlebige mittelaktive Abfälle Sondierbohrungen durchführt. Gemäss Bohrplan soll die Endtiefe von 1500 Metern im März 1989 erreicht werden. NZZ, 2.9.88
Gleichzeitig mit dem Bohrbeginn in Siblingen machte die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) auch in der Innerschweiz Terrain gut: Für ein allfälliges Endlager von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen beim **Wellenberg** (Wolfschiessen NW) bewilligte der Bundesrat Anfang September «die Ausführung geophysikalischer Untersuchungen und verschiedener Sondierbohrungen sowie den Bau eines maximal 2000 Meter langen Sondierstollens». WoZ, 23.9.88
Mit seinem Entscheid, die Gesuche der Nagra für Sondierbohrungen im schaffhausischen Siblingen und am Wellenberg im Kanton Nidwalden zu bewilligen, hat sich der Bundesrat nach Ansicht der Schweizerischen Energie-Stiftung **SES** über den Willen der Bevölkerung hinweggesetzt. Die Zusage an die Nationale Genossenschaft zur Lagerung radioaktiver Abfälle noch vor einer Neuauslegung des Atommüll-Konzepts sei **weder politisch noch juristisch zu rechtfertigen**. Volksrecht, 6.9.88

ENERGIE SZENE SCHWEIZ

Transwal Mit der Gemeinde Hausen hat eine weitere Gemeinde den Beitritt zur Fernwärmeversorgung **Aare-Limmattal WAL** ab dem KKW Beznau abgelehnt. Der Entscheid fiel an einer Gemeindeversammlung mit 45:27 Stimmen. Von den im Projekt vorgesehenen 18 Gemeinden haben sich bisher 4 für WAL und 14 dagegen ausgesprochen. NZZ, 1./2.10.88

Waad t Der seit dem Störfall von 1969 stillgelegte **Versuchsreaktor in Lucens VD** soll «**entnuklearisiert**» werden, damit das Gelände wieder konventionellen Zwecken zugeführt werden kann. Die Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik NGA hat dem Bundesrat ein entsprechendes Bewilligungsgesuch eingereicht. Vorgesehen ist unter anderem die Zubetonierung der ehemaligen Reaktorkaverne sowie die Möglichkeit der Einlagerung eines Containers mit leichtradioaktiven Abfällen. Noch nicht gelöst ist mit diesem Projekt die Entsorgung der ehemaligen Teile des Reaktors, die nach dem Unfall ausgebaut wurden, wie Adolf Meichle, Geschäftsführer der NGA, einem Vertreter der Nachrichtenagentur AP auf einem Rundgang in der Kaverne des ehemaligen Atomreaktors erklärte. Die NGA hofft als ehemaliger Betreiber des ersten Schweizer Atomkraftwerkes, dass das verseuchte Material des Reaktors in ein Zwischenlager wie beispielsweise in Würenlingen geschafft werden kann. Damit könnte die Betreibergesellschaft aufgelöst werden, und das Gelände um den Versuchsreaktor wäre auch nicht mehr dem Atomgesetz unterstellt, sagte Meichle weiter. Dies hätte den Vorteil, dass der ehemalige Reaktor nicht mehr überwacht werden müsste. Noch unklar ist, wer für die Entsorgung der radioaktiv verseuchten Teile des ehemaligen Reaktors aufkommen soll. Bezahlen sollen unter anderem dafür die drei Gründeraktionäre des Unternehmens. Es sind dies die Suisatom, der alle grossen Elektrizitätsgesellschaften angehören, die Therm-Atom, der Vertreter aus der Industrie und weiterer interessierter Kreise angehören, sowie ihr Pendant in der Westschweiz, die Enusa. Die NGA hofft aber, dass auch der Bund einen Beitrag an die Entsorgungskosten bezahlen wird. TA, 18.10.88

Referat von Bundesrat Adolf Ogi – gehalten am 25. November 1988. Symposium des Schweiz. Instituts für Berufspädagogik in Bern

Die Energiepolitik der 90er Jahre aus der Sicht des Bundesrates.

Meine Damen und Herren
Vorgestern war ich in Forsmark. Einem kleinen Dorf nördlich von Uppsala – in Schweden.
Ich war also in diesem Land, das im Jahre 2010 aus der Kernenergie aussteigen will. Aber Schweden ist auch das Land, wo man nicht nur theoretisiert.

Nicht nur fordert. Die Aufgaben nicht nur ändern zuschanzt.
Sondern selbst anpackt. Z.B. bei der Entsorgung von radioaktiven Abfällen.
Diese schickt man nicht einfach ins Ausland.
Diese überlässt man nicht einfach dem lieben Nachbarn, sondern man sucht selbst eine Lösung. (...)
Die in Sachen Kernenergie doch sehr kritischen Schweden haben in Forsmark im Granit - 50 Meter unter der Erde - ein Lager gefunden und gebaut.
Und dort werden die Abfälle aus den schwedischen AKWs gelagert.
Nicht wie in der Schweiz wegtransportiert.
Das hat mich beeindruckt. Das brauchen wir auch in der Schweiz.
Aber bei uns sträuben sich immer noch einige Leute sogar gegen das Sondieren. (...)
Ob in Ollon, am Wellenberg oder am Oberbauenstock - überall regt sich Opposition.
Jeder braucht und verbraucht zwar elektrische Energie und damit auch Atomstrom.
Die Konsequenzen wollen aber viele nicht tragen.
Ist es (...) richtig, wenn wir von allen Vorteilen der Energieversorgung und der Medizin [Röntgen] profitieren, die Nachteile aber exportieren?
Nein, meint der Bundesrat.
Denn wir haben nicht schlechteres Gestein für die Entsorgung als die Schweden, zum Beispiel.
Aber wir müssen diese unsere Möglichkeiten ausnützen.
Daher ist für den Bundesrat Gewähr gegeben.
Denn diese Kirchturmpolitik, dieser Ruf nach dem St. Florian, führt nirgendwo hin.
Eine gewisse Solidarität ist gefragt. Eine Solidarität auch innerhalb der Schweiz.
Die eine Region muss Aufgaben bei den nuklearen Abfällen übernehmen, andere tragen die Last industrieller Produktion und wieder andere z.B. die Belastung des Strassenverkehrs.
Alle sind Teil eines Ganzen. Alle müssen aber auch die Pflichten tragen.
Dies möchte ich den vielen Oppositionsgruppen ins Stammbuch schreiben, die sich landauf landab gegen einzelne Belastungen ihrer Region wehren, die allgemeinen Vorteile aber gedankenlos und gerne konsumieren.
Ich weiss: Energiepolitik ist in den letzten Jahren zum Prügelknaben der Politik gekommen.
Es ist daher Zeit, Ordnung in die Sache zu bringen.
Es ist Zeit, Entscheide zu fällen. Es ist auch Zeit, heikle Themen anzufassen.
Ich fliege nächste Woche zu meinem Ministerkollegen Fauroux nach Paris, um mit ihm über Creys-Malville zu sprechen.
Ich werde ihm aber kaum befehlen kön-

nen: «Schalte dieses Werk nicht ans Netz!»
Denn wir haben bereits Optionen für anderthalb Kernkraftwerke in Frankreich eingekauft, um unsere Bedürfnisse nach Strom zu befriedigen. (...)
Wir wollen sofort informiert sein, wenn dort etwas schief laufen sollte. (...)
Aber wir sind auf den Atomstrom aus Frankreich nun einmal angewiesen.
Zum Beispiel in kalten Wintern - wenn die Temperatur tief bleibt und das weisse Gold (!) uns verwöhnt.
Dann müssen wir Strom importieren, dann reicht unsere eigene Produktion nicht mehr aus. (...)
Die Alternative in der Energiepolitik heisst also sparen oder importieren.
Der Bundesrat hat sich für das Sparen ausgesprochen.
Auf freiwilliger Ebene hat die Sparkampagne Bravo ein erfreulich gutes Echo gefunden.
Man mag sich amüsieren über das energiebewusste Eierkochen oder über das Billardspielen unter nur einer Lampe.
Aber beim eigenen Stecker muss beginnen, was sich auswirken soll im Vaterland, um eine altbewährte helvetische Grundregel auf unsere Energiesparkampagne umzumünzen.
Leider reicht aber freiwilliges Sparen allein nicht aus.
Daher braucht es gewisse gesetzliche Rahmenbedingungen.
Leitplanken quasi für ein energiebewusstes Produzieren und Konsumieren.
Der Energieartikel soll diese Leitplanken aufzeichnen.
Das Energiegesetz wird sie genau hinstellen.
Und weil die Zeit auch hier drängt, wird der Bundesrat möglicherweise noch dieses Jahr einen vorgezogenen Sparabschluss vorlegen.
Alles im Sinne rationeller Energieverwendung - kein «Gürtel-enger-Schnallen», kein staatlicher Energiesparvogt ist also vorgesehen.
Aber agieren müssen wir nun, nicht mehr ständig reagieren.
Und zum Agieren gehört auch, dass wir endlich sagen, ob wir die Kernenergie wollen oder nicht.
Anfang 1991 wird voraussichtlich das Schweizervolk über Moratoriums- und Ausstiegsinitiative befinden können.
Der Ausstieg wird also verlangt.
Ohne - und das möchte ich betonen - ohne eine Alternative zu haben.
40% unseres Stromes produzieren die Kernkraftwerke.
Die Frage stellt sich daher: Können wir einfach so auf die Kernkraft verzichten, wenn wir genau wissen, dass gute Alternativenenergien vielleicht 5% ersetzen könnten, aber nicht mehr?
Können wir uns ein solches Energieloch leisten?
Mangels anderer Lösungen käme man bei einem Ausstieg notgedrungen wohl wie-

der auf die gute alte Kohle oder das im Moment so billige Erdöl zurück.
Beides untaugliche Lösungen: Denn damit heizen wir das CO₂-Problem weiter an. Ein Problem, das eine schlechende Gefahr für unser Klima wird.
Treiben wir also den Teufel nicht mit dem Beelzebub aus.
Machen wir die Kernkraftwerke noch sicherer, und suchen wir nach Alternativen, die wirklich Alternativen sind. Die also unsere Nachfrage nach Energie wirklich befriedigen können.
Mit den Energiequellen Wind, Sonne und Biogas z.B. ist dies noch nicht möglich.
Die bringen quantitativ noch zu wenig.
Wir bleiben also bei der Kernenergie - empfehlen die Moratoriums- und die Ausstiegsinitiative zur Ablehnung.
Aber wir machen nicht nichts.
Nein, wir haben unsere Forschungsanstrengungen in Sachen neuer, alternativer Energien verdoppelt. Denn wir wollen und müssen gescheitert werden.
Wir wollen aber nicht auf Scheinlösungen hereinfallen.
Wir wollen nicht aussteigen und ins Leere fallen.
In diesem Punkte sehen wir die Sache anders als Schweden.
Bei allem Respekt vor dem Lager für radioaktive Abfälle in Forsmark, ein Ausstieg im Jahre 2010 aus der Kernenergie wäre für die Schweiz wirtschaftlich ein Spiel mit dem Feuer.
Und ich bin nicht einmal so sicher, ob die Schweden diese Ausstiegssuppe so heiss essen, wie sie sie im Moment kochen.
Also: Verteufeln wir die elektronische (so!) Energie nicht. Die Elektrizität deckt rund einen Fünftel des Endenergieverbrauchs.
Und verteufeln wir auch die Kernenergie nicht. Sie deckt 40% des Stromes in der Schweiz. Der Strom hat eine Schlüssel-funktion bei der Mechanisierung, Automatisierung, Elektronisierung und damit Rationalisierung in der Industrie und im Dienstleistungssektor. (...)
Mir scheint es wichtig, dass gerade in der Schule alle diese Zusammenhänge gezeigt werden.
Neutral, sachlich und emotionslos.
Nur so können wir die Energieprobleme lösen. Nur so kommen wir aus dem Glaubenskrieg heraus. (...)
Ich danke Ihnen für Ihr Interesse, für Ihre Information, die Sie in so heiklen Fragen den Schülern tagtäglich geben.
Ihre Arbeit ist nämlich nicht einfach.
Sie haben es fast wie ein Bundesrat, wie Sie's machen, was Sie sagen, man verärgert immer jemanden.
Daher: Ich wünsche Ihnen, ja uns allen, Mut bei der Bewältigung dieser aktuellen Probleme.
Und auch etwas Optimismus.
Denn Lösungen sind überall in Sicht.
Wir dürfen sie nur nicht gleich von Anfang an zerreden.